

Der Volkswirt.

Der deutsche Mittelstand und die Vermögenssteuer.

Die Tilgung unserer gesamten Kriegsschulden durch eine Vermögensabgabe auf einmal erreichen zu wollen, ein Weg, der früher von manchem als gangbar bezeichnet wurde, erscheint heute aussichtslos. Daß aber die Vermögenssteuer einen sehr erheblichen Teil der ungeheuren Schulden zu decken imstande sei, ist eine von führenden Wirtschaftspolitikern noch heute vielfach vertretene Anschauung. Bereits im Jahre 1916 hat der deutsche Verein für Sozialpolitik eine Fülle von Monographien über die Reform der Finanzwirtschaft veröffentlicht; einige der Verfasser traten für eine einmalige Vermögensabgabe zwecks Abbüdung der Kriegsschulden ein, während andre wieder sich hinsichtlich der Wirkungen einer solchen finanzpolitischen Maßnahme skeptisch verhielten, teils die vielfältigen Schwierigkeiten der Veranlagung der Steuer auseinandersetzen, teils aus allgemeinen grundsätzlichen Gesichtspunkten der Volkswirtschafts- und Bevölkerungspolitik gegen eine einmalige Vermögensabgabe Stellung nahmen. Die Diskussion über die Einführung einer Vermögenssteuer setzte später auch bei uns stärker ein, wir erinnern an die Debatten in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte und in den öffentlichen Vertretungskörpern, schließlich auch an den im Herbst des Vorjahres gefaßten Beschluß des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses, eine Enquete über eine einmalige außerordentliche Vermögensabgabe zu veranstalten. Die 51 Punkte des Fragebogens enthalten eine Fülle von Streitfragen, die vielfach nach wie vor strittig sind. Eingehende Untersuchungen haben im Laufe der öffentlichen Erörterung die überragende Bedeutung, die der Vermögenssteuer anfangs beigelegt wurde, etwas zurücktreten lassen und sie vielfach nur als eine Maßnahme unter den vielen im gesamten Steuerbündel gelten lassen. Hierzu kommt, worauf immer wieder hinzuweisen ist, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um zu einem umfassenden Finanzplan zu gelangen, der nicht bloß, wie es bei uns zumeist geschieht, die Reform der Einnahmenseite, sondern auch jener der Ausgaben Seite zum Inhalt hat. Die Erörterung über unsere staatsfinanziellen Probleme hat vor kurzem durch einen Vortrag, den ein hervorragender deutscher Politiker Herrenhausmitglied Dr. Karl Beurle im Deutschen Volksbund in Wien gehalten hat, eine bemerkenswerte Bereicherung erfahren, zumal da Dr. Beurle die Vermögenssteuer als eine Mittelstandsfrage beleuchtet. Die im April gehaltene, nunmehr im Druck vorliegende Rede gipfelt in folgenden Gedankengängen:

„In 44 Monaten hat der Krieg den kriegsführenden Mächten 726 Milliarden Kronen, und zwar 504 Milliarden unsern Feinden, 222 Milliarden den Mittelmächten gekostet. Von dieser Summe entfallen auf die österreichisch-ungarische Monarchie 78 Milliarden und 54 Milliarden auf Oesterreich allein. Wenn wir dazurechnen, was noch drum und dran hängt, die Wiederherstellung des zerstörten, der Investitionsbedarf für die Eisenbahnen, die Demobilisierung, so können wir mit 65 bis 70 Milliarden für uns rechnen. Das wird vier Milliarden jährliche Zinsen ausmachen. Was unser jetziges Steuersystem an direkten Steuerquellen bietet, wurde zum großen Teil schon im Laufe des Krieges herangezogen. Da liegt es nahe, daß an das Auskunftsmitglied gedacht wird, mit einem herzhafteu Schritte der finanziellen Not des Staates ein Ende zu machen und durch ausgiebige Heranziehung nicht nur der Einkommen, sondern auch der Vermögen so viel Geld zu beschaffen, als nötig ist, um die Kriegsschulden, wenn nicht ganz, so doch zu einem großen Teil zu tilgen.“

Wie ist nun die Vermögenssteuer gedacht? Abgeordneter Dr. Steinwender ging in einem Aufsatz davon aus, daß wir nach der Statistik vor dem Kriege ein Volksvermögen von 85 Milliarden gehabt haben. Infolge der Preissteigerungen sei dieses Vermögen heute noch viel mehr wert. Er rechnet weiter, daß zu diesem Vermögen auch noch das fiktive Vermögen: die Staatsschulden, dazu kommen und daß somit eine Steuergrundlage von 100 Milliarden gegeben sei. Nach Anscheidung der ganz kleinen Vermögen, die mit 50 Milliarden geschätzt werden, bleiben 150 Milliarden. Ein durchschnittlicher Satz von 20 Prozent würde also 30 Milliarden erbringen; davon könnte man die Hälfte der Kriegsschulden tilgen. Die Verteilung der Steuer stellt sich Dr. Steinwender so vor, daß die kleineren Vermögen mit 10 Prozent, die größten mit 30 Prozent besteuert werden, daß sich immerhin eine Durchschnittssteuerung von 20 Prozent ergibt. Doktor Beurle bezeichnet als richtige Ziffer des österreichischen Volksvermögens vor dem Kriege 94 Mrd.